

In der Öffentlichkeit verborgen

7. Hermann-Henselmann-Kolloquium in Weimar rekonstruiert Reformdiskurs in der Städtebaudebatte der DDR

Bericht von Dr. Michael Eckardt

Zum Thema „Stadt(planungs)geschichte als Gesellschaftsgeschichte. Der verborgene Reformdiskurs in der Städtebaudebatte der DDR“ fand am 8. April das 7. Hermann-Henselmann-Kolloquium in Weimar statt. Eingeladen hatten Thomas Flierl von der mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung verbundenen Hermann-Henselmann-Stiftung (Berlin), Christoph Bernhardt vom IRS und Max Welch Guerra vom Institut für Europäische Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar.

Den besonderen Bezug zu Weimar stellte Max Welch Guerra, seit 2003 dort Professor für Raumplanung und Raumforschung, in seinem mit südamerikanischem Effet vorgetragenen Referat „Räumliche Planung und Reformpolitik an der HAB Weimar“ vor. Die von ihm 1989 eingesehene „DDR-Städtebauprognose“ (1988) des Instituts für Städtebau und Architektur (ISA) der Bauakademie stellte für ihn ein Schlüsselerlebnis dar. Zu lesen bekam er eine geharnischte Kritik des am Ökonomismus der DDR-Plattenbaukombinate orientierten Städtebaus („Quantität vor Qualität“), Hauptautor war ISA-Direktor Bernd Grönwald. Letzterer kam 1986 aus Weimar nach Berlin, an der Hochschule für Architektur und Bauwesen hatte Grönwald zusammen mit Joachim Bach ein Ausbildungskonzept für Städteplaner entwickelt, das durch den Einbezug sozialer Aspekte und differenzierter Betrachtungsweisen auf Klassen und Schichten einen Kontrapunkt zur homogenen „Wohnraumproduktion“ zu setzen versuchte. Für angehende Städteplaner wurden sozialwissenschaftliche Methodenlehre und ein kommunales Praktikum Pflicht, in dem die Lebens- und Wohnverhältnisse der Bevölkerung empirisch untersucht und alternative Problemlösungen unterbreitet wurden. Die Frage, wie von der Weimarer Hochschule ausgehend, ein Reformdiskurs im DDR-Städtebau entstehen konnte, versuchte das von mehr als 100 Besuchern ganztätig stark frequentierte 7. Hermann-Henselmann-Kolloquium in mehr als zehn Referaten nachzuzeichnen und zu kommentieren.

Auf den Neuanfang nach 1945 unter der Ägide von Hermann Henselmann – Gründungsbeauftragter und bis 1949 Direktor der Bauhochschule – ging der Beitrag von Norbert Korrek (Weimar) ein. Im Sinne der Einordnung in den Wiederaufbau plante man frühzeitig die Typisierung von Bauteilen und „ingeniöse Lösungen“ städtebaulicher Belange. Die Institutionen und Strukturen des DDR-Bauwesens aus Sicht der kommunalen Stadtplaner und Architekten vermittelte Frank Betker (Dortmund). Dabei wurde deutlich, dass im Spannungsfeld von Regionalisierung und Zentralisierung, dem Wegfall der Stadtplanungsämter 1953 und der Einrichtung von Bezirksbüros für Städtebau ab 1958, sowie doppelten Unterstellungen (Ministerium vs. Bezirk) ein „geschlossenes Modell der Planung“ unmöglich zu realisieren war und die einheitliche Baupolitik nur auf dem Papier existierte. Skepsis schlug folglich auch der als Reformidee präsentierten Generalbebauungsplanung entgegen, kam die Konzeption doch aus der Bauakademie in Berlin, eben jener Zentrale, welche die kommunalen Befindlichkeiten oft genug ignoriert hatte. Die Reformdebatte der 1980er Jahre behandelte das Referat von Harald Engler (IRS), in dem er die Stadtarchitekten als Innovatoren vorstellte, die im lokalen Kontext ein Gegensteuern von Fehlentwicklungen anstrebten.

Als damals praktizierende Stadtarchitekten stellten Wulf Brandstädter (Halle) und Hans-Peter Krisch (Magdeburg) ihre Erfahrungen vor. Nach Brandstädter fungierte auch die bauliche Umwelt als Widerspiegelung des gesellschaftlichen Systems, die Kennzeichen waren die ständig voranschreitende Entindividualisierung aller baulichen Entwürfe und der stark eingeschränkte Handlungsspielräume der Architekten und Planer. Dennoch gab es gewisse Möglichkeiten, die sich in den 1980er Jahren in Modifikationen von Typenentwürfen niederschlugen und dadurch Plattenbauten mit gemauerten Außenwänden entstehen konnten. Die Grenzen des Städtebaus umschrieb Hans-Peter Kirsch mit der sinkenden ökonomischen Leistungs-

fähigkeit der Bauindustrie, gepaart mit einer politischen Engstirnigkeit, die bis 1989 keine Lösungen zur Überwindung der Probleme bieten konnte. Trotz des Konstatierens eines riesigen Bedarfs an Reformen wurden diese nicht erwartet, da der politische Wille nicht vorhanden war. Das Versagen der Strukturen durch Mehrfachunterstellungen und das Ignorieren des Dienstweges bereiteten den Stadtarchitekten hingegen den Grund, die Öffentlichkeit als Mittel zur Überwindung von Mängeln der Bauwirtschaft einzusetzen.

Den ungewöhnlichen Weg, die qualitative Verbesserung der Wohnsituation aus Sicht der Bewohner durch sozialwissenschaftliche Methoden zu unterstützen, beschrieb der Stadtsoziologe Rolf Kuhn (Cottbus). Besonders schwierig erwies sich dabei die im Rahmen des „Kommunalen Praktikums“ als neues Element im Städtebaustudium eingeführte Methode der Befragung, die aufgrund ihrer Nichtsteuerbarkeit von der politischen Führung abgelehnt wurde. Ausgangspunkt der stadtsoziologischen Untersuchungen war das Unbehagen gegenüber einer als zu grob strukturiert empfundenen und fast nur über Plattenbauten realisierten Art des Wohnungsneubaus. Dem allgemeinen Wunsch nach verstärkter Altbausanierung und der damit verbundenen Kleinteiligkeit standen jedoch ökonomische Gründe entgegen. Bis Ende der 1960er Jahre genoss das Wohnen in Neubauten einen hohen Status, dies änderte sich mit der zunehmenden Dominanz der Neubausiedlungen, deren Geschichts- und wohl auch Gesichtlosigkeit die Bewohner verängstigte. Dennoch konnte in den Befragungen nachgewiesen werden, dass die Zufriedenheit mit den Neubauwohnungen sehr hoch war, das Gegenteil wurde allerdings über das Wohnumfeld und die Freizeitqualität geäußert. In allen Umfragen kristallisierte sich schließlich heraus, dass sich ein „heimisch fühlen“ immer auf die Innstädte und nie auf die Neubaugebiete bezog. Von 1977 bis 1987 entstanden in Weimar acht stadtsoziologischen Studien für die Städte Leipzig, Chemnitz, Erfurt, Rostock, Gotha, Halle und Halle-Neustadt, Eisenach und Magdeburg, deren städtebauliche Empfehlungen zum Erhalt der Altstadtquartiere beitrugen.

Im anschließenden Kommentar konstatierte Bruno Flierl (Berlin) den offensichtlichen Widerspruch im DDR-Städtebau, wonach die Architekten „Bauen“ als Arbeit an einer öffentlichen Aufgabe mit hohem ethischen Anspruch verstehen sollten, dafür aber die materiellen Voraussetzungen fehlten und die DDR zu einer Gesellschaft werden ließen, die sich nicht selbst verwirklichen konnte. Rolf R. Eisentraut (Berlin) ergänzte, dass der Wert der geistigen Arbeit der Architekten nicht sonderlich geschätzt wurde und dies besonders dann deutlich wurde, wenn sich ursprünglich seitenlange Verbesserungsvorschläge auf einen Nebensatz gekürzt in den offiziellen Dokumenten wiederfanden. Eisentrauts Weg zur Überwindung von Typenprojektion und Plattenbauweise - den bewussten Eintritt ins Entwurfsbüro eines Baukombinates - kann man als die pragmatische Seite des (nicht mehr ganz so) verborgenen Reformdiskurses in der Städtebaudebatte ansehen.

Im zweiten großen Block der Konferenz sprachen Simone Hain (Graz) über die von der Bauakademie der DDR ausgehenden Reformbemühungen unter Bernd Grönwald, Harald Kegler (Weimar) über die fünf in der DDR stattgefundenen Bauhaus-Kolloquien als sichtbares Zeichen eines städteplanerischen Reformdiskurses.

Dem Zusammenhang zwischen Bürgerbewegung und Stadterneuerung widmeten sich Dorothee Dubrau (Darmstadt) und Mathias Berndt (Berlin). Von den frühen, Bauhaus-geleiteten Anfängen unmittelbar nach 1945 abgesehen, geschah Stadterneuerung in der DDR weitgehend ohne Mitsprache der Bürger. Die massive Serialisierung in der Bauindustrie brachte zwar enorme Produktivitätssteigerungen, hatte aber auch zur Folge, dass durch die Konzentration auf industrielle Bauweisen ganze Bauhandwerkszweige verkümmerten (z.B. durch die eingestellte Dachdeckerausbildung), ohne die an Altbausanierung nicht zu denken war. Experimente wie die „Sonderplatte“ der 1980er Jahre mit ihrem historisierenden Aufbau wie z.B. im Berliner Nikolaiviertel wurden zwar von der Bevölkerung begrüßt, der großflächige Abriss innerstädtischer Wohngebiete wurde aber trotz dieser Perspektive von den Bewohnern abgelehnt. Das zuerst zögerlich, dann immer vehementer eingeforderte Mitspracherecht der Be-

völkerung brach sich schließlich 1989 Bahn und verhinderte bspw. in Berlin-Prenzlauer Berg den Abriss von 560 Wohnungen. Mobilisiert durch derartige Szenarien, entstand eine Stadterneuerungsbewegung, die auf informellen Wegen die Wohnungsausschüsse der Stadtbezirke unterwanderte, da die zentralen Steuerungsstrukturen der DDR zunehmend funktionslos geworden waren. Als Vorbild diente die West-Berliner Stadterneuerungsbewegung, die sich konsequent an den Bedürfnissen der Bürger und nicht der Investoren orientierte. Mit der nach 1990 einsetzenden Privatisierung und Restituierung verschwand das Bürgerengagement und damit die Bürgerbeteiligung immer mehr, stattdessen gelang es der West-Berliner Stadterneuerungsbewegung, sich konzeptionell und personell Richtung Osten auszudehnen. Die ehemaligen Ost-Berliner „Eliten im Wartestand“ und deren Qualifikationen bzw. Institutionen wurden in diesem Prozess abgewickelt, Privatisierung und Elitenimport folgten, womit eine Steuerung der Stadtentwicklung fast unmöglich gemacht wurde.

Mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede konstatierte Bernd Hunger (Berlin) im finalen Konferenzreferat „Planungskultur und deutsch-deutscher Einigungsprozess“. Gemeinsam waren beiden deutschen Staaten in Bezug auf den Städtebau eine tradierte Verwaltungskultur mit den ihr eigenen Resistenzen, unveränderte städtebauliche Leitbilder wie Denkmalschutz oder die aufgelockerte Stadtlandschaft, ein weitgehend gleicher Stand der Technik und ähnliche sozialpolitische bzw. sozialräumliche (z.B. Kleinräumigkeit) Leitbilder. Als Ursachen führte Hunger ein ganzes Bündel von Gemeinsamkeiten im europäischen Kontext an, so z.B. die kulturelle Prägung, das Menschenbild, das Verhältnis von Gemeinschaft und Einzelnem, die Staatsgläubigkeit, das Reproduktionsverhalten, den intellektuellen Austausch wider die Abgrenzungsbemühungen, biographische Kontinuitäten und einen Systemwettstreit, der im Westen auf einen sozialen Kapitalismus hinauslief. Als gegensätzliche Brüche bezeichnete er die positive Entwicklung des Westens nach 1968, der im Osten der Prager Frühling gegenüberstand oder den Unterschied der Städtebauförderung-West und dem Wohnungsbauprogramm-Ost, in dem sich lokale Planungshoheit und Zentralismus diametral gegenüberstanden. 1990 schließlich vereinigten sich zwei hochprofessionalisierte Systeme zum Erhalt der „Sozialen Stadt“, die durch eine niedrige Zersiedlungsstruktur, ein reiches städtebauliches Erbe und ein hohes Niveau an Wohnraumversorgung gekennzeichnet war. Hunger stellte mit seinen Ausführungen die Frage in den Raum, ob sich 1990 DDR und BRD im Bereich der Städteplanung nicht vielleicht näher waren als heute, musste jedoch eingestehen, dass trotz der eingetretenen Erfolgsgeschichte das gegenseitige Zukunftsversprechen, den Erhalt des Projektes „Soziale Stadt“, durch den Gesellschaftsumbau der letzten 20 Jahre uneingelöst blieb. Bedenke man jedoch die Ursache der jüngsten Weltfinanzkrise - ungesicherte Kredite zum Erwerb von Wohneigentum – werde besonders deutlich, welche Verwerfungen sich mit einer gezielten Städtebauförderung hätten vermeiden lassen.

In seinem Schlusswort dankte Thomas Flierl allen Teilnehmern für ihre bis zum Veranstaltungsende hohe Aufmerksamkeit und Diskussionsbereitschaft. Die getätigten Denkanstrengungen seien das beste Mittel gegen den historiographischen Dualismus von politischer Herrschaft vs. Alltag. Das beschriebene Scheitern des Reformdiskurses in der DDR-Städtebaudebatte habe immerhin einen Ideenüberschuss produziert, der Reformen quer zu den DDR-Institutionen andachte, die auf eine auch heute wünschenswerte Balance von Repräsentativdemokratie, Lobby-unabhängigem Expertenwissen und direktdemokratischen Elementen abzielte.